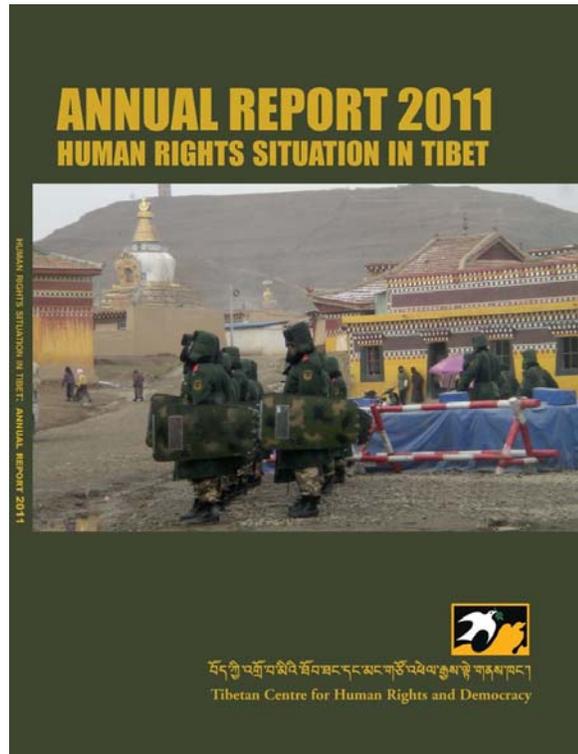


Jahresbericht 2011: Die Menschenrechtslage in Tibet

Die Reihe der Selbstverbrennungen tibetischer Mönche, Nonnen und Laien kam nicht von ungefähr: Seit den Massendemonstrationen von 2008 kontrolliert die chinesische Regierung das Leben der Tibeter noch viel rigorosser als zuvor. Die Selbstverbrennungen sprechen Bände über die qualvolle Situation, in der sich die Tibeter auf dem gesamten Hochland befinden.

Zu diesem Schluß kam das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie in seinem Jahresbericht 2011, der am 23. Januar vorgestellt wurde. Trotz der Vielzahl der Selbstverbrennungen weist



die chinesische Regierung jegliche Verantwortung von sich und geht mit noch heftigeren Repressionsmaßnahmen gegen das tibetische Volk vor. Sie verletze grob ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, heißt es in dem Bericht.

Der Bericht warnt davor, daß, wenn die chinesische Regierung die dem tibetischen Volk auferlegten Einschränkungen nicht lockert, nicht das Gespräch mit den Tibetern sucht und sich ihre Beschwerden nicht anhört, befürchtet werden muß, daß für die Tibeter die Selbstverbrennungen der einzige Weg bleiben, um ihrer Verzweiflung Ausdruck zu verleihen.

Während der Preis dafür, seine Rechte in Tibet auszuüben, ungeheuer groß sein mag, wird immer deutlicher, daß der Preis, seine Existenz unter dem chinesischen Regime fortzusetzen, noch viel größer ist.

„Die 17 feurigen Proteste, die zumeist tödlich endeten, darunter auch der Fall des Mönches Tapey, der sich 2009 in Brand steckte, werfen wichtige Fragen über die Natur der chinesischen Herrschaft in Tibet auf“, sagte die Direktorin des TCHRD, Tsering Tsomo. „Die chinesische Regierung täte gut daran, dies bald einzusehen. Wenn ein Volk, das sie regiert, als einzigen Ausweg den Tod wählt, dann sollte sie erkennen, daß sie den Schmutz vor ihrer eigenen Tür wegkehren muß, ehe sie ihre Charme-

Offensive, sich als globale Soft Power zu präsentieren, fortsetzt.“

In dem Maße, wie die chinesische Regierung mit ihrer ungeheuerlichen Verletzung der Rechte und Freiheiten der Tibeter fortfährt, wächst der Widerstand bei dem tibetischen Volk, wie es sich an den beharrlichen Protestaktionen und Selbstverbrennungen ganz deutlich zeigt. Die Regierung in Peking hat zahlreiche Gelegenheiten versäumt, auf die Tibeter zuzugehen und sich mit ihren Sorgen zu befassen. Sie will nicht anerkennen, daß sie es letzten Endes ist, die die feurigen Proteste entfacht hat. Diese Form öffentlichen Protestes hat nun sogar die Autonome Region Tibet und die Provinz Qinghai ergriffen, weil die chinesischen Behörden nichts als Gewalt kennen, um die Stimme der Tibeter zu unterdrücken.

Die chinesische Regierung sollte einsehen, daß nackte Gewalt und Polizeiwilkkür diesen Teufelskreis von Repression und Widerstand nur noch mehr anheizen und niemandem nutzen, am allerwenigsten der Verwirklichung von Pekings vielgepriesenen Zielen der Harmonie und Stabilität.

Der Bericht wirft auch ein Licht auf die Lage der Religionsfreiheit, er befaßt sich mit dem immer engmaschigeren Netz der staatlichen Zensur, mit der Bildung und dem Recht auf die Muttersprache, mit der Folter von Festgenommenen und politischen Gefangenen, dem Verschwindenlassen von Personen, der verfehlten Entwicklungspolitik, der Zerstörung der Umwelt und der anhaltenden Verletzung der bürgerlichen und politischen Rechte des tibetischen Volkes.

Die Anzahl der bekannt gewordenen Fälle politischer Gefangenschaft in Tibet liegt dem TCHRD zufolge bei über 830, von denen 403 regulär von Gerichtshöfen verurteilt wurden. Alleine im Jahr 2011 (bis zum 15. Dezember) wurden nach dem Kenntnisstand des TCHRD 230 Tibeter festgenommen und inhaftiert.

Der Jahresbericht 2011 in englischer wie auch in tibetischer Sprache kann demnächst von der Website des TCHRD heruntergeladen werden.